

Überlegungen zu einer neuen gerechten Finanzordnung

Alternativen zur gegenwärtigen Krisenpolitik der EU

Welche kontrollierenden und regulierenden
Maßnahmen sind erforderlich?

Berlin, 11.08.2012

Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

→ Gliederung

I. Ausgangspunkt Ursachenanalyse

II. Lösungen für die Finanzkrise in Europa

III. Weitergehende Elemente für eine globale Finanzordnung

→ I. Ursachenanalyse I

Die globale Finanzkrise seit 2007 wurde langfristig politisch herbeigeführt:

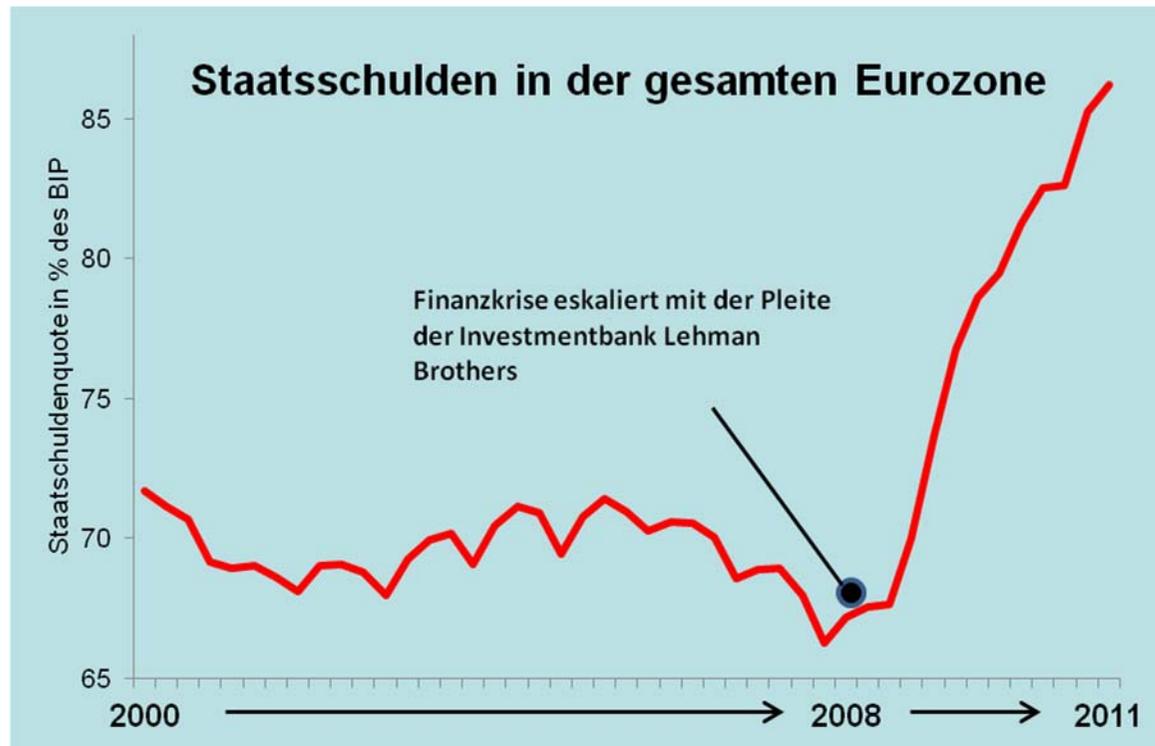
- Ungleiche Verteilung
 - Deregulierung
 - Privatisierung
- Eine Überwindung der Krise erfordert tiefgreifende Änderungen des Finanzsystems (Banken, Schattenbanken, Finanzinstrumente etc.)
- Diese Veränderungen allein reichen aber nicht, um zukünftige Finanzkrise zu verhindern. Wir brauchen eine grundlegend andere Steuer-, Verteilungs- und Wirtschaftspolitik.

→ I. Ursachenanalyse II

Ursachen der Euro-Krise

- **Hohe Kosten aus Finanzkrise**
(Bankenrettung, Konjunkturprogramme, Immobilienblasen)
- **Hausgemachte Probleme**
(Korruption, Steuerhinterziehung, manipulierte Haushaltszahlen, ...)
- **Fehlkonstruktion der Währungsunion**
(unkoordinierte Wirtschafts- und Fiskalpolitik führt zu massiven Verwerfungen)

→ Finanzkrise: Staatsschulden explodieren



Deutschland: Anstieg um ca. 300 Mrd. € (Bruttoschulden)

Dr. Axel Troost, MdB

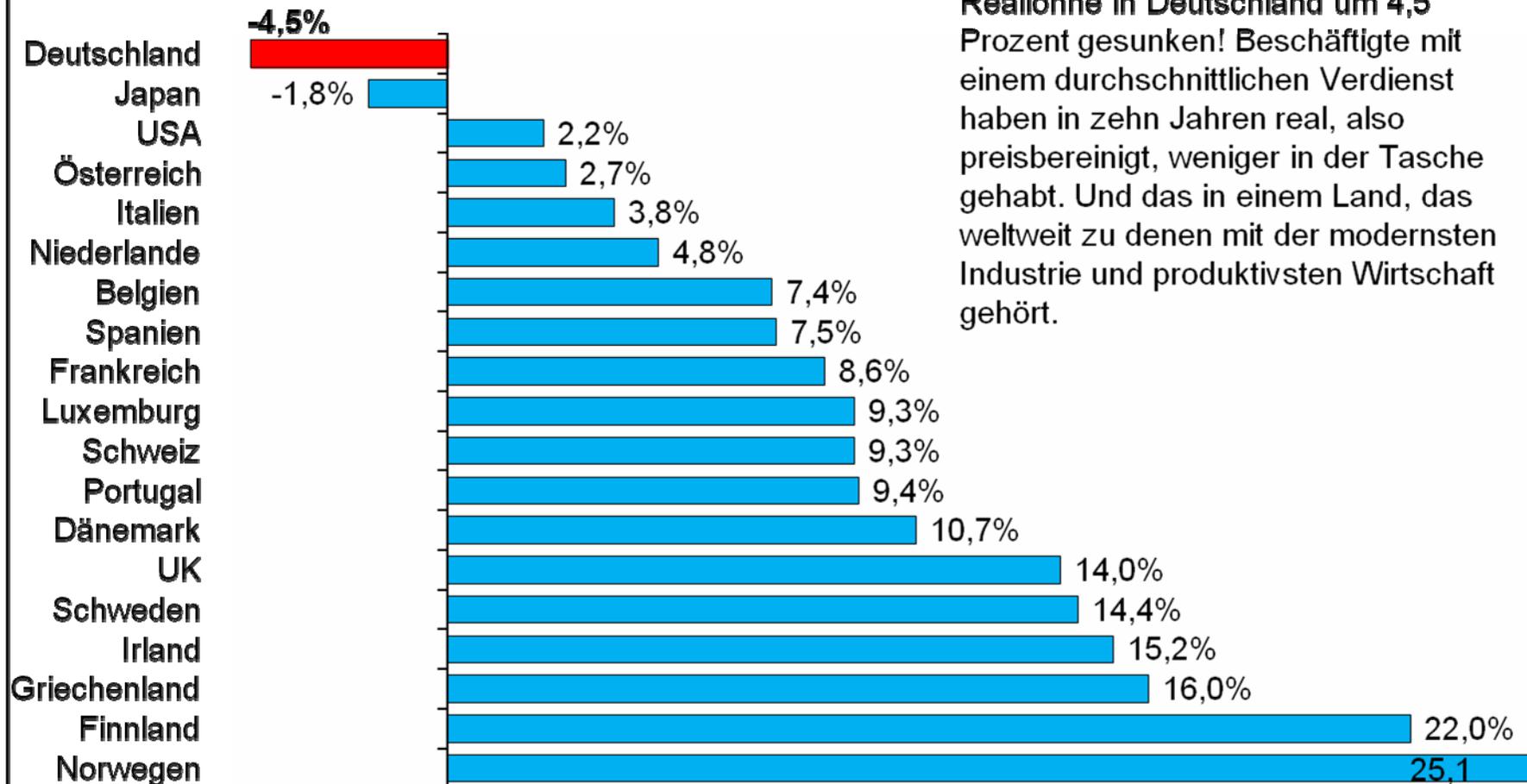
DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

→ I. Ursachenanalyse III

Die Krise der Euro-Zone ist Ausdruck der grundlegenden Konstruktionsfehler der Währungsunion

- Eine gemeinsame Währung kann ohne ein Mindestmaß an Koordination der Wirtschafts-, Sozial-, und Lohnpolitik nicht funktionieren.
- Folge: gravierende Ungleichgewichte im Außenhandel zwischen den Euro-Ländern, steigende Auslandsverschuldung der Länder mit Importüberschüssen
- Keine Zentralbank, die im Zweifelsfall die Zahlungsfähigkeit der Zentralregierung sicherstellt.
- Wir müssen die Währungsunion grundlegend reformieren, oder sie wird zerbrechen. Sparwut alleine hilft gar nichts.

➔ Deutschland ist Weltmeister - beim Lohndumping!

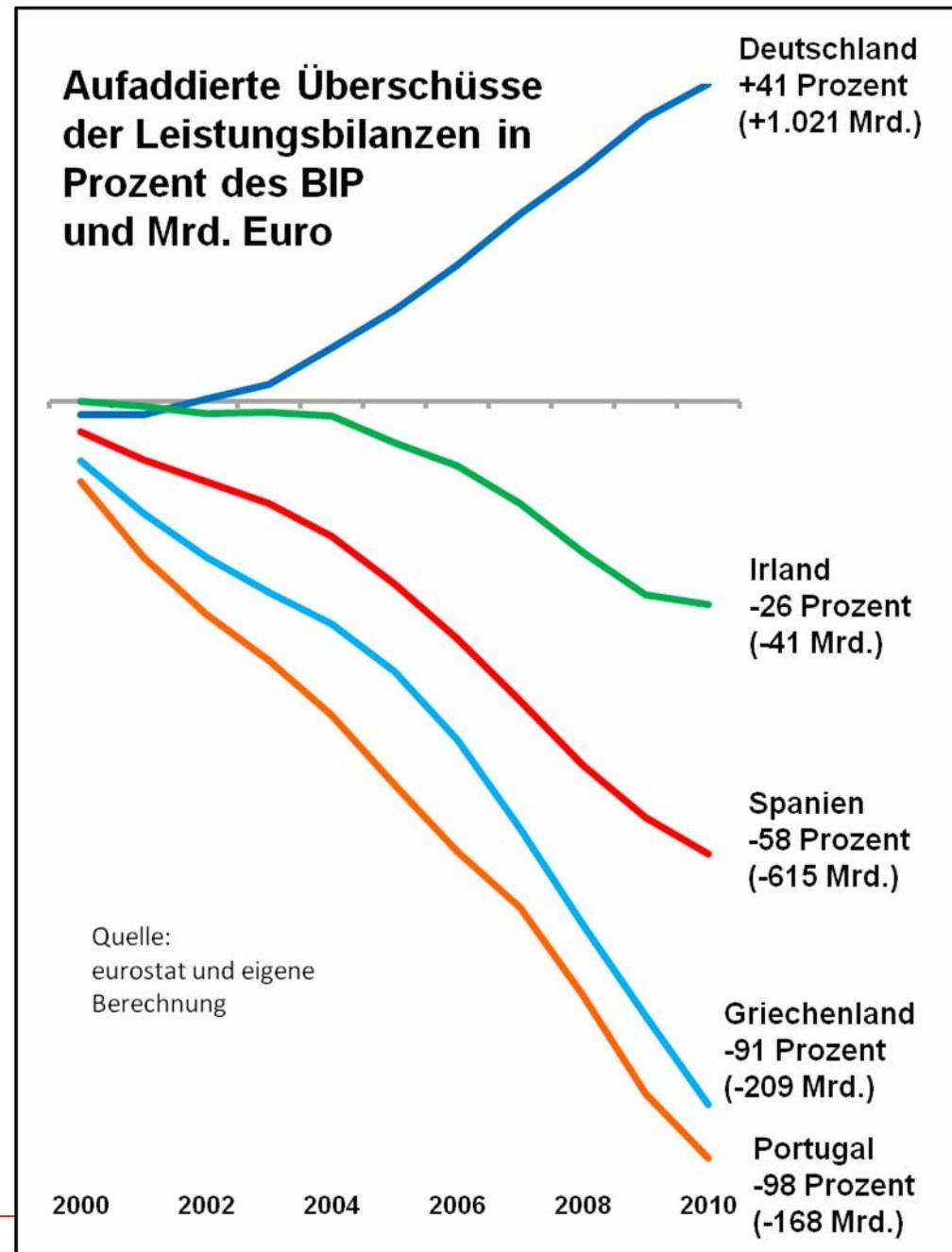


Zwischen 2000 und 2010 sind die Reallöhne in Deutschland um 4,5 Prozent gesunken! Beschäftigte mit einem durchschnittlichen Verdienst haben in zehn Jahren real, also preisbereinigt, weniger in der Tasche gehabt. Und das in einem Land, das weltweit zu denen mit der modernsten Industrie und produktivsten Wirtschaft gehört.

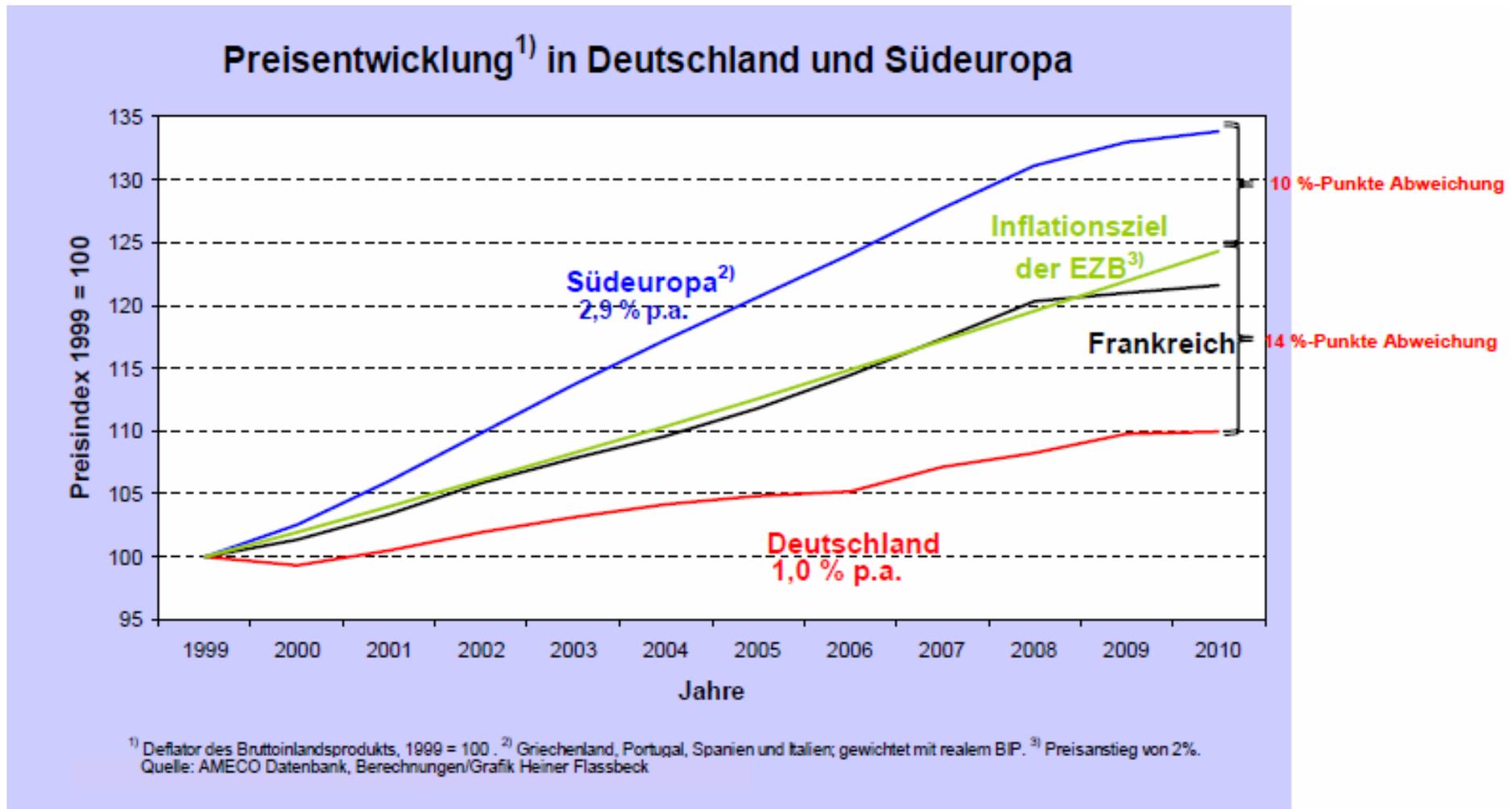
Quelle: Global Wage Report, Internationale Arbeitsorganisation Genf, Griechenland und Portugal Ameco-Datenbank Dr. Axel Troost, MdB

→ Lohndumping produziert hohe Ungleichgewichte

Leistungsbilanz: Die wichtigsten Teile der Leistungsbilanz sind der Warenhandel und die Dienstleistungen. Ein Land mit Überschüssen in der Leistungsbilanz baut Forderungen gegenüber dem Ausland auf. Ein Land mit Defiziten verschuldet sich. Das geht nicht auf Dauer gut.



→ Wer verletzt eigentlich die Spielregeln?



Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

→ II: Forderungen der LINKEN in der Euro-Krise:

1. Sofortiges Ende der diktierten Sparprogramme und der undemokratischen Einflussnahme
2. Finanzierung der öffentlichen Haushalte von den Finanzmärkten abkoppeln
3. Bankensektor a) streng regulieren und
 b) vergesellschaften
4. Beseitigung der Außenhandelsungleichgewichte über eine Ausgleichsunion
5. Profiteure zur Kasse: europäische Vermögensabgabe, gesunde öffentliche Finanzen

➔ 1. Sofortiges Ende der diktierten Sparprogramme

- Ein sofortiges Ende der Renten-, Lohn- und Sozialkürzungen sowie der Privatisierungen.
- Statt kaputtsparen:
Sinnvolle Investitionen in die Zukunft, ein europäisches Wiederaufbauprogramm
 - Infrastruktur für den sozial-ökologischen Umbau inkl. Energiewende und Verkehrswende
- Respekt vor den demokratischen Institutionen und Verfahren der sog. „Krisenländer“

Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

➔ 2. Finanzierung der öffentlichen Haushalte von den Finanzmärkten abkoppeln

- *Europäische Bank für öffentliche Anleihen:*
Geld zu niedrigen Zinsen von der Zentralbank, statt mit hohen Zinsmargen über die Geschäftsbanken
- *Gemeinsame Anleihen der Eurostaaten (Euro-Bonds):*
praktische Möglichkeit, die Zinsbelastungen für die Krisenstaaten zu erleichtern
- Dadurch werden die Staatsfinanzen der einzelnen Länder aus der Geiselhaft der Finanzmärkte befreit.

Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

➔ **3. Bankensektor streng regulieren und vergesellschaften**

➔ Banken müssen auf dienende Funktion für Realwirtschaft zurechtgestutzt werden:

Geschäftsmodell ZEF

- Zahlungsverkehr
- Einlagengeschäft / Angebot sicherer Sparmöglichkeiten
- Finanzierung: öffentliche und private Investitionen

➔ Abbau und Abwicklung des Kapitalmarktgeschäfts auf eigene Rechnung bzw. des Investmentbanking

Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

→ Details Regulierung

Finanzmarkt schrumpfen und entschlacken, z.B.:

- Finanz-TÜV: Beweislastumkehr durch Zulassungspflicht
 - Nur nach Prüfung auf gesellschaftliche Risiken und Nutzen (d.h. z.B. Derivate ab 2. Grades entfallen)
- Finanztransaktionsteuer
- Over the Counter-(OTC)-Handel verbieten

Rating-Agenturen:

- Rücknahme der regulatorischen Erfordernis von Ratings (z.B. bei Eigenkapitalbemessung)
- Oligopol der großen Drei (Standard&Poors, Moody´s und Fitch) aufbrechen, u.a. durch öffentliche, europäische Rating-Agentur
- Vergütungsstruktur reformieren

Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

→ Details Regulierung

Vergütung und Haftung:

- Deckelung Lohnspreizung: max. 20-fach
- Aktienoptionen und Boni abschaffen
- Persönliche Haftung der Vorstände erheblich verschärfen, Directors-and-Officers-Versicherungen (D&O) verbieten
- Frauenquote in Kontrollgremien

→ Details Regulierung

Neue Bankenaufsicht:

- Politischer Wille zur Kontrolle (neue „Beaufsichtigungskultur“ statt Förderung des „Finanzstandortes Deutschland“)
- Aufsichtsmandat erweitern, im Zweifelsfall Beweislast bei der Bank statt bei der Aufsicht
- Personal qualitativ und quantitativ aufstocken
- Verpflichtung zur Anzeige von Aufsichtslücken
- Europäische Aufsichtsbehörden stärken und dem nationalen Ränkespiel entziehen

➔ 3.a) Bankensektor streng regulieren, z.B.

- Eigenkapital-Anforderungen viel stärker nach Größe bzw. „Systemrelevanz“: „systemrelevante Banken“ müssen betriebswirtschaftlich unrentabel werden
- *Schattenbanken* (Hedgefonds, Private-Equity-Fonds, etc.) trocken legen: kein „bankähnliches Geschäft“ ohne Banklizenz, keine Geschäfte mit Steuer- und Regulierungssoasen
- *Finanz-TÜV* – Veränderung der Aufsichtskultur: Nicht alles ist erlaubt, was nicht verboten ist, sondern nur Produkte und Geschäftspraktiken sind zulässig, die genehmigt worden sind.

Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

→ 3.b) Banken vergesellschaften

Kassensturz im Bankensystem

- Offenlegung aller Bankbilanzen inkl. verbundene Schattenbanken, Zweckgesellschaften etc.
- Die Banken müssen existierende Verluste abschreiben
- Soweit als möglich die dadurch bankrotten Banken in die Insolvenz gehen lassen
- Soweit wg. „Systemrelevanz“ erforderlich: private Banken durch Staat rekapitalisieren, d.h. verstaatlichen. Totalverlust für die ehemaligen Eigentümer, Staat übernimmt das Management

- Ergebnis: Die privaten Geschäftsbanken verschwinden oder müssen staatlicherseits übernommen werden
Es bleibt die öffentlich-rechtliche Säule (Sparkassen und Landesbanken sowie „neue Staatsbanken“) und die genossenschaftliche Säule (Volks- und Raiffeisenbanken, DZ-Bank) übrig

Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

→ 3.b) Banken vergesellschaften

Konkrete Ausgestaltung eines solchen Zwei-Säulen-Modells:

- ZEF-Geschäftsmodell: territorial und gemeinwohlorientiert
- Lokale Ebene:
 - Sparkassen und Volks- und Raiffeisenbanken bleiben bestehen
 - ZEF-Geschäftsmodell, Konkurrenz über Kundenzufriedenheit
- Regionale Ebene:
 - Verbände von Sparkassen und Volks- und Raiffeisenbanken bilden Regionalsparkassen und Regionalvolksbanken
 - Nach ZEF fortführungswürdige Teile der verstaatlichten privaten Groß- und Landesbanken gehen in Regionalsparkassen auf, ebenfalls territorial (z.B. für Verbandsterritorium oder mehrere Bundesländer)
 - Verbund: überregional Dienste werden aufgeteilt

Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

→ 3.b) Banken vergesellschaften

Verstaatlichung alleine reicht nicht, wir brauchen gesellschaftliche Kontrolle bzw. Vergesellschaftung

Gemeinwohlorientierung in Satzungen verankern

Kontrollgremien demokratisieren: Verwaltungs- und Aufsichtsräte

- erweitern um gesellschaftliche Stakeholder, z.B. Verbraucherschützer, Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbände, soziale Bewegungen
- mit demokratischer Legitimation, inkl. direkter Wahl bestimmter Funktionen
- zusätzlich Beiräte, z.B. gesamtwirtschaftliche Kreditsteuerung, einzelne Branchen

Wichtige Voraussetzungen:

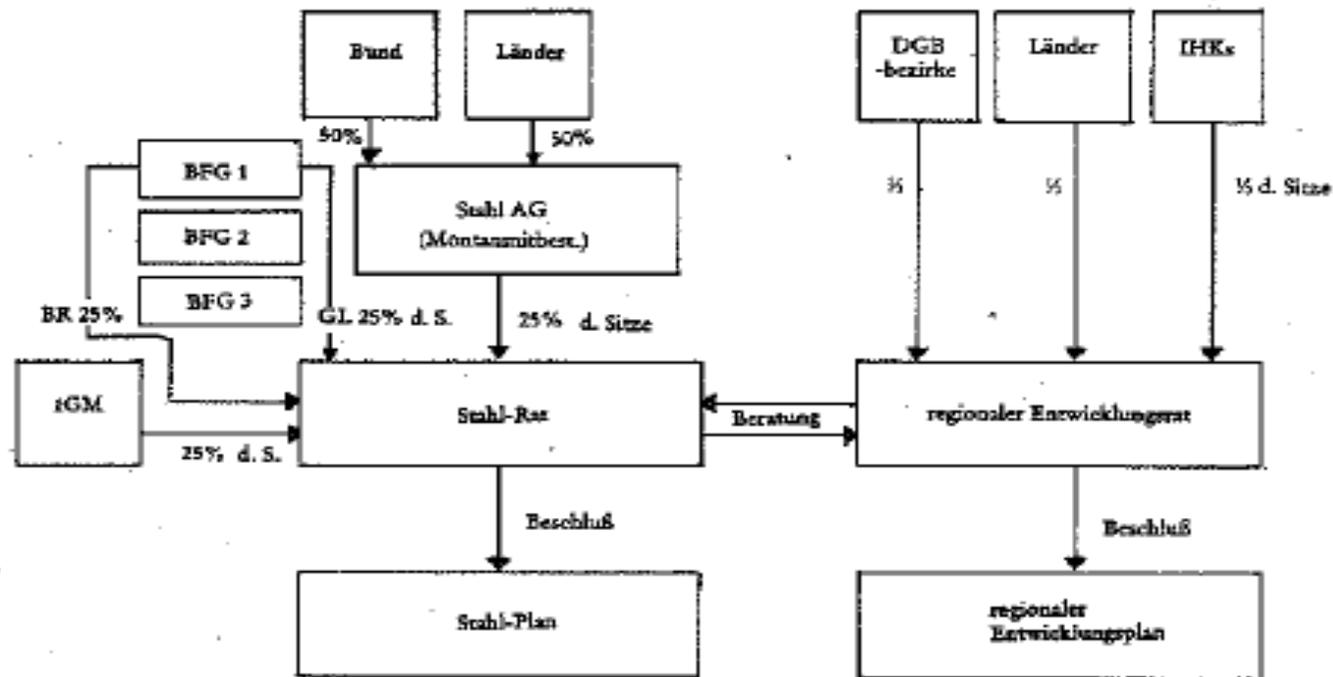
- Finanzsystem muss verstehbar, d.h. weniger komplex sein
- Ökonomische Alphabetisierung in Finanzfragen

Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

→ Vorarbeiten: Vergesellschaftung der Stahlindustrie – Modell aus dem MEMORANDUM 1981 der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik*

Schema der »Stahl-AG«



→ 4. Beseitigung der Handelsungleichgewichte über eine Ausgleichsunion

- Dauerhafte Export- bzw. Importüberschüsse führen in eine Gläubiger- bzw. Überschuldungsposition
- Wer Schuldenkrisen verhindern will, muss auch dauerhafte Handelsüberschüsse verhindern:
 - Die Überschüsse der Einen sind notwendig die Schulden der Anderen.
- Währungsunion braucht Spielregeln für außenwirtschaftliche Defizite UND Überschüsse und „symmetrische“ Sanktionen

→ Eine Europäische Ausgleichsunion

Dr. Axel Troost, MdB

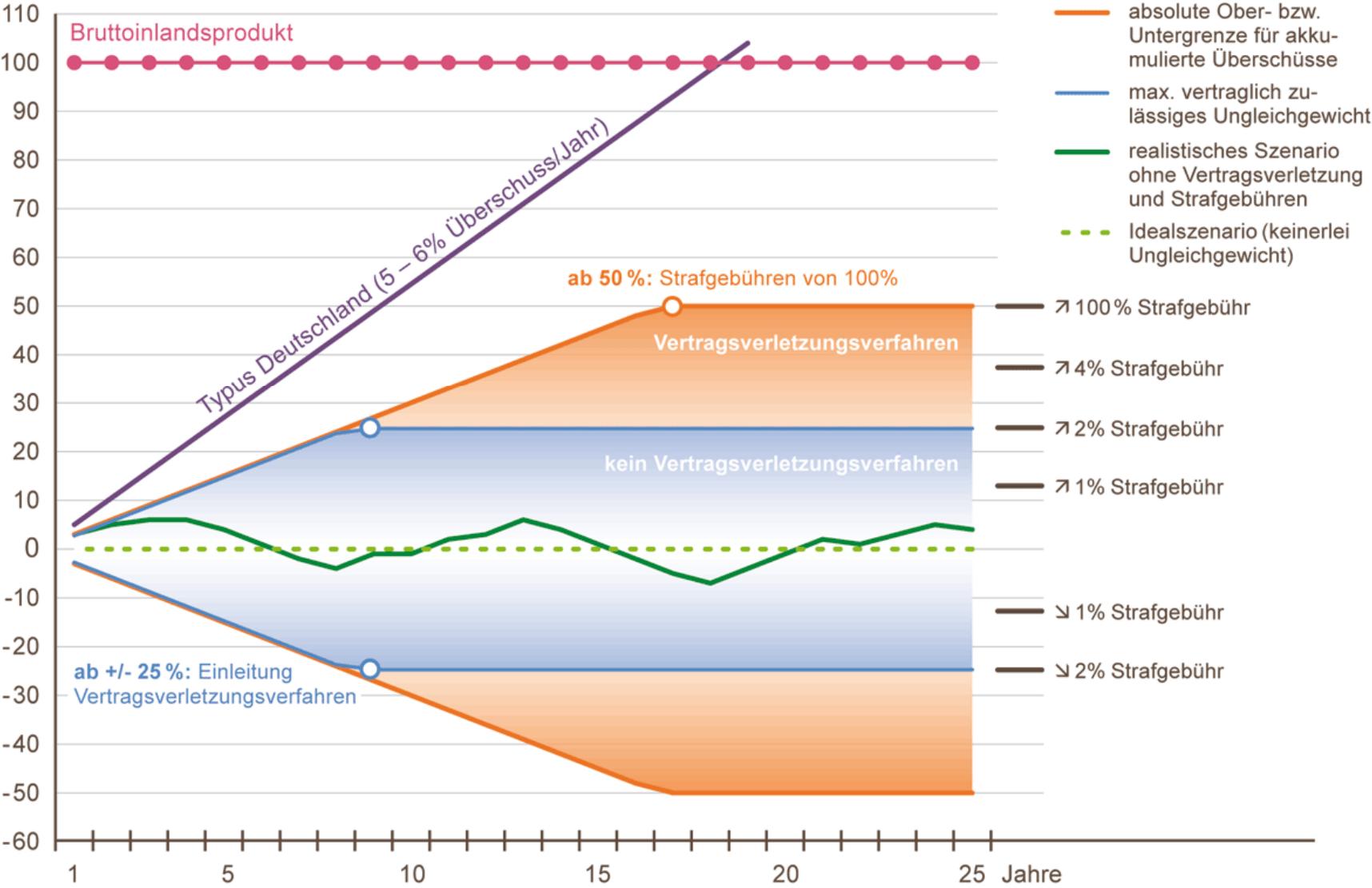
DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

➔ 4. Eine Europäische Ausgleichsunion

„Sanktionen“ für „Überschuss-Sünder Deutschland“

- Binnenkonjunktur ankurbeln, um Importe zu erhöhen: mehr Kaufkraft durch höhere Löhne, Renten, Sozialtransfers etc.
- Lohndumping verhindern: Gesetzlicher Mindestlohn und Stärkung der Gewerkschaften
- Strukturwandel weg von der einseitigen Exportorientierung, hin zu hochqualitativen Dienstleistungen in Bildung, Gesundheit, Pflege, Betreuung

Zielkorridore für Leistungsbilanzen in der Europäischen Ausgleichsunion über 25 Jahre für ein Land mit 50% Exportanteil am BIP



→ 5. Profiteure zur Kasse: europäische Vermögensabgabe, gesunde öffentliche Finanzen

Wer soll das bezahlen???

Diejenigen, die vor und in der Krise am Finanzkapitalismus gut verdient haben!!!

- Europäische Vermögensabgabe zur Stabilisierung und in Extremfällen auch Rückführung der öffentlichen Schulden
- Millionärsteuer im Inland
- Finanztransaktionsteuer
- Höhere Spitzensteuersätze gegen Gehaltsexzesse v.a. im Finanzsektor

Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

→ III: Die LINKE fordert grundlegende Neuordnung des globalen Finanzwesens:

1. Ende der Währungskonkurrenz, kooperatives Wechselkurs-Management zwischen Euro, Dollar, Yen und Renminbi
2. Konzertiertes Austrocknen der Steuer- und Regulierungsoasen, parallel dazu einseitiges Voranschreiten auf Europäischer Ebene, z.B. kein EZB-Zugang für Banken mit Präsenz in Oasen
3. Übertragung auf globale Ebene: Finanztransaktionssteuer, Finanz-TÜV etc.
4. Global andere Verteilungspolitik für soziale Gerechtigkeit und als Prävention gegen Finanzkrisen

Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Vielen Dank!